

Extra

Thorsten Frei im Interview

Schwenningen. Der CDU-Wahlkreisabgeordnete Thorsten Frei ist einer der wichtigsten Oppositionspolitiker in Berlin. Im großen Interview mit der NECKAR-QUELLE spricht er über die wichtigsten Politikfelder derzeit: Wirtschafts-, Migrations- und Energiepolitik. Die Union glaubt, sie würde es besser machen als die Ampel. Das Interview lesen Sie weiter hinten in diesem Lokalteil auf zwei Extra-Seiten. nq



Die Redakteure Hans-Jürgen Eisenmann und Dr. Ralf Trautwein im Gespräch mit CDU-Politiker Thorsten Frei. Er kritisierte heftig die Politik der Berliner Ampel-Koalition.
Foto: Daniela Schneider

Thorsten Frei und sein „Ghana-Modell“

Politik Der Wahlkreisabgeordnete und Fraktionsmanager der Union entwickelt im großen NECKARQUELLE-Interview eine Alternative zum „Ruanda-Modell“. Weil Abschiebungen die Lage nicht spürbar verbessern können, müsse Europa mit sicheren Drittstaaten kooperieren.

Als Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag ist der CDU-Wahlkreisabgeordnete von hier die wichtigste Stimme der Opposition in Berlin. Und derzeit segelt Thorsten Frei mit seiner CDU/CSU im Aufwind, wie die Umfragen belegen: Die Zustimmung für die Ampelregierung ist stark gesunken und bröckelt weiter, während die Union so gut da steht wie lange nicht mehr. Das lässt auch Frei mit breiter Brust daherkommen. Im großen Interview mit der NECKARQUELLE-Redaktion erklärt er, welche politischen Baustellen aus seiner Sicht derzeit die wichtigsten sind, und wie man zurück in die Regierungsverantwortung will.

Sie haben in den letzten Monaten in Ihrer Funktion als Fraktionsmanager der Union sehr viele Interviews gegeben, um Standpunkte der Union zu verdeutlichen und die aktuelle Regierung zu kritisieren. Ist es Ihnen hierbei gelungen, ihre eigenen politischen Angebote als die besseren zu profilieren? Oder hat der Absturz der Ampel in den Meinungsumfragen andere Gründe?

Thorsten Frei: Das Wesen der Demokratie ist es, dass unterschiedliche Positionen im politischen Wettstreit gegeneinander antreten. Natürlich ist es da eine wesentliche Aufgabe der Opposition, den Finger in die Wunde zu legen. Das, was nicht gut funktioniert, muss sie kritisieren und – wenn immer möglich – bessere Vorschläge machen. Objektiv muss man aber sagen, dass für die aktuellen Umfragewerte der Ampel-Parteien sicherlich vor allem deren eigenes Handeln ausschlaggebend ist. Regierungen haben es in der Hand, die Menschen durch gute Arbeit zufrieden zu stellen. Dann hat eine Opposition nichts zu kritisieren. Aber wenn wir uns die großen politischen Themen derzeit anschauen...

Was sind aus Ihrer Sicht die derzeit wichtigsten Politikthemen?

Frei: Wirtschaft und Migration. Das Magazin „Der Spiegel“ hat es auf den Punkt gebracht und getitelt: „Alle Volkswirtschaften wachsen. Wir nicht.“ Wir sind das einzige Industrieland mit einer schrumpfenden Wirtschaft. Das hat Konsequenzen auch für die Menschen hier vor Ort. Daraus ergibt sich eine Unzufriedenheit.

Wie erklären Sie sich, dass sich unsere Wirtschaft so schwer tut augenblicklich?



Die NECKARQUELLE-Redakteure Cornelia Hellweg und Hans-Jürgen Eisenmann (Mitte) im Gespräch mit Thorsten Frei: Er glaubt, dass seine Union die bessere Wirtschafts- und Migrationspolitik machen würde.

Frei: Einer der Gründe dafür ist, dass wir die höchsten Energiepreise der Welt haben. Das trifft Unternehmen ebenso wie Privathaushalte. In einer solchen Situation hat die Koalition nichts getan, um preisdämpfend zu wirken.

Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck hat ja angekündigt, dass er vergünstigten Industriestrom auf den Weg bringen will.

Frei: Den gibt es bis heute nicht. Ordnungspolitisch ist das schwierig, sogar höchst problematisch, weil es nur auf eine Umverteilung im System hinausläuft. Diejenigen Unternehmen, die nicht von einem subventionierten Industriestrompreis profitieren können – also Mittelständler und Handwerker – zahlen die geplanten Vergünstigungen für die großen Industriebetriebe mit.

„Schlauer wäre es zu sehen, wie sich Energie zu angemessenen Preisen gewinnen lässt.“

Was für Alternativen gibt es?

Frei: Wichtiger wäre, dass man nicht etwa durch politische Entscheidungen Energie teuer macht, um den Preis anschließend mit Steuergeldern herunterzudrücken. Schlauer wäre es zu sehen, wie sich Energie zu

angemessenen Preisen gewinnen lässt.

So wäre aus Ihrer Sicht der Wirtschaft geholfen und womöglich sicher gestellt, dass diese nicht ins Stottern gerät. Vorher nannten Sie in einem Atemzug mit der Wirtschaftspolitik die Migration ...

Frei: Wir haben ständig steigende Zahlen von Migranten. Der Staat hat weitestgehend die Kontrolle über das Migrationsgeschehen verloren. Wir erleben, dass Städte und Gemeinden nicht mehr wissen, wo sie diejenigen, die ankommen, unterbringen sollen. Dabei hat Menschen unterzubringen und sie zu ernähren noch nichts mit Integration zu tun. Die beginnt erst danach ...

Die Integration Geflüchteter ist der Flaschenhals.

Frei: Ja, wenn man so will. Es dauert viel zu lange, bis Geflüchtete einen Sprach- und Integrationskurs bekommen. Da muss man sagen: Die Kapazitäten sind mehr als ausgeschöpft. Es gelingt im Grunde nicht mehr, zu integrieren, zu strukturieren, zu ordnen. Damit wird man weder denen gerecht, die zu uns kommen wollen, noch unserer Gesellschaft, die Überforderungssymptome zeigt.

Es kommt in diesem Kontext immer wieder zu vielen emotionalen Debatten. Wie etwa in Bad Dürkheim, wo der Landkreis ein Wohnheim für Asylbewerber projektiert.

Frei: Die Kommunen und die Landkreise können nichts dafür.

Da stehen plötzlich Menschen da, die man unterbringen muss. Es ist daher grundsätzlich falsch, den Unmut an Bürgermeistern und Landräten auszulassen. Die politische Ebene, die etwas tun könnte, ist der Bund. Nur er kann steuern und begrenzen. Doch er tut es nicht! Das ist das große Problem, das wir augenblicklich haben.

„Der Staat hat weitestgehend die Kontrolle über das Migrationsgeschehen verloren.“

Ein Problem, das jedoch allen Parteien zwischenzeitlich bewusst geworden ist. Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD hat sich für ein deutlich konsequenteres Vorgehen in der Abschiebung ausgesprochen. Und selbst die Grünen wollen mittlerweile „konsequent“ abschieben.

Frei: Richtig. In dieser Woche gibt es auch eine weitere Lesung des so genannten Rückführungsverbesserungsgesetzes. Da sind tatsächlich einige gute Dinge enthalten.

Welche denn?

Frei: Etwa die Verlängerung des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage. Oder, dass der Polizei bessere Möglichkeiten zur Durchsichtung von Gemeinschaftsunterkünften eingeräumt werden sollen. Die Regierung geht davon aus, dass mit diesem

Gesetz etwa 600 Personen jährlich zusätzlich abgeschoben werden können. Wenn man bedenkt, dass aber 1500 Menschen pro Tag zu uns kommen, dann wird deutlich, dass das nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Sondern, dass die Kommunen die Auswirkungen dieses Gesetzes gar nicht spüren werden. Rückführungen und Abschiebungen sind immer schwierig.

Das bedeutet, dass wir damit allein unsere Probleme mit der Migration nicht werden lösen können?

Frei: Ja. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die nicht schutzberechtigt sind, erst gar nicht nach Deutschland kommen. Oder, dass deren Schutz eben in sicheren Drittstaaten gewährt wird.

Ihr Parteifreund Hendrik Wüst, seines Zeichens nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, kann sich für das sogenannte „Ruanda-Modell“ erwärmen (siehe Infokasten unten). Was halten Sie davon?

Frei: Es gab Entscheidungen britischer Gerichte über alle Instanzen hinweg. Der Supreme Court, die höchste Instanz, hat dieses Modell ausdrücklich gebilligt. Er hat lediglich gemeint, Ruanda sei kein geeignetes Land. Weil die britische Regierung nicht garantieren kann, dass Ruanda Asylsuchende nicht wieder zurückschickt in Tod, Folter oder Verfolgung. Wenn Ruanda nicht geeignet ist, muss man eben schauen, ob es andere geeignete Länder gibt ...

men (siehe Infokasten unten). Was halten Sie davon?

Frei: Es gab Entscheidungen britischer Gerichte über alle Instanzen hinweg. Der Supreme Court, die höchste Instanz, hat dieses Modell ausdrücklich gebilligt. Er hat lediglich gemeint, Ruanda sei kein geeignetes Land. Weil die britische Regierung nicht garantieren kann, dass Ruanda Asylsuchende nicht wieder zurückschickt in Tod, Folter oder Verfolgung. Wenn Ruanda nicht geeignet ist, muss man eben schauen, ob es andere geeignete Länder gibt ...

„Augenblicklich sind Wüste und Meer diejenigen, die sortieren.“

Sie werden schon an bestimmte Alternativen denken.

Frei: Wenn ich mir ein Land wie Ghana anschau, das auch als die Schweiz Afrikas bezeichnet wird ... Ghana ist für Deutschland – wie der Senegal auch – ein sicherer Herkunftsstaat. Das ist ein stabiles Land und käme grundsätzlich in Frage. Man müsste eben umfassende vertragliche Vereinbarungen treffen. Klar, wie immer bei Verträgen müsste eine Win-win-Situation entstehen. Ghana oder eben ein anderes Land müsste etwas davon haben.

Was spricht dagegen, den derzeitigen Kurs in der Asylpolitik beizubehalten?

Frei: Damit locken wir die Menschen übers Mittelmeer. In den letzten zehn Jahren sind dort über 26 000 Menschen gestorben. Und wahrscheinlich doppelt so viele auf dem Weg an die Küste Nordafrikas in der Sahara. Es soll nicht zynisch klingen. Aber augenblicklich sind Wüste und Meer diejenigen, die sortieren.

Deshalb haben Sie eine kontingentierte Einwanderung angeregt. Welcher Gedanke steht dahinter?

Das ist das „Ruanda-Modell“

Das „Ruanda-Modell“, derzeit heiß diskutiert, basiert auf einem Gesetz aus Großbritannien: Die Regierung in London will, dass irregulär eingereiste Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und ohne Prüfung ihres Asylantrags festgehalten und so bald wie möglich nach Ruanda

abgeschoben werden, wo sie dann auch um Asyl ersuchen können. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Mit Ruanda haben die Briten dafür ein entsprechendes Abkommen, das ostafrikanische Land erhält im Gegenzug finanzielle Unterstützung von umge-

rechnet mehr als 140 Millionen Euro. In ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP vereinbart zu prüfen, ob ein solches Verfahren in Zusammenarbeit auch mit sicheren Drittstaaten außerhalb der EU auch für Deutschland in Frage kommt. rat



Wie löst man das Migrationsproblem, das Europa derzeit hat? Nicht mit Abschiebungen, glaubt der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag. Die Lösung, meint Thorsten Frei, biete nicht etwa Ruanda, sondern eine Zusammenarbeit mit dem sicheren Ghana oder anderen stabilen Drittstaaten auf dem Schwarzen Kontinent.

Frei: Der Vorschlag ist an die gesamteuropäische Ebene adressiert. Migrationspolitik können wir nur hier erfolgreich gestalten. Deswegen muss Europa auf diese sichere Drittstaatenregelung setzen, wo Asylverfahren und Schutzgewährung stattfinden. Das wird dazu führen, dass sich die Leute nicht mehr in einer Nusschale auf den Weg zu uns machen. Ich plädiere in diesem Zusammenhang dafür, dass wir Kontingente besonders schutzbedürftiger Menschen aufnehmen – 300 000 bis 400 000 Menschen pro Jahr im gesamten Europa. Das ist das Jahresmittel derer, die wir in den letzten zehn Jahren auf unserem Kontinent aufgenommen haben.

Da fallen uns auf Anhieb zehn Staaten ein, die da garantiert nicht mitziehen.

Frei: Ja, da machen nicht alle europäischen Länder mit. Deshalb würde das bedeuten, dass pro Jahr 150 000 bis 160 000 Menschen nach Deutschland kämen. Das ist eine große Zahl! Aber eine solche Regelung würde uns Planbarkeit verschaffen. Die Infrastruktur könnte darauf ausgerichtet werden, ebenso integrative Maßnahmen. Und man könnte wirklich Schutzbedürftige aufnehmen.

Tun wir das nicht?

Frei: Diejenigen, die heute kommen, sind zu 80 oder 90 Prozent junge Männer. Kräftig, gesund und wohlhabend genug, um Tausende Euro an kriminelle Schlepper zu bezahlen.

Früher hieß es, dass wir jährlich bis zu 400 000 Einwanderer benötigen, um künftig unsere Wirtschaft am Laufen zu halten. Unlängst war zu lesen, dass es noch viel mehr sein müssten, etwa die doppelte Zahl ... ist da eine Kontingentierung, wie sie Ihnen vorschwebt, tatsächlich das Richtige?

„Wir haben so viele Menschen hier, die arbeiten könnten, aber es nicht tun.“

Frei: Ich kenne diese Studien auch. Die sind teilweise völlig überzeichnet. Hierzulande werden jedes Jahr zwischen 700 000 und 800 000 Kinder geboren. Würde jedes Jahr dieselbe Zahl an Migranten zu uns kommen, wäre damit jegliche Form der Integration unmöglich. Das würde die Gesellschaft so fundamental verändern, dass es nicht unser Ziel sein kann. Im Übrigen haben wir 1,9 Millionen offene Stellen in Deutschland. Und 5,5 Millionen Bürgergeld-Empfänger, von denen 3,9 Millionen im erwerbsfähigen Alter sind. Selbst wenn man diejenigen abzieht, die gesundheitsbedingt nicht arbeiten können, muss man sagen: Wir haben so viele Menschen hier, die arbeiten könnten, aber es nicht tun.

Würden Sie, wenn Sie es politisch vermöchten, die Bürgergeld-Erhöpfung rückgängig machen?

Frei: Das ist nicht von jetzt auf gleich möglich. Man muss das Gesetz dafür ändern. Noch einmal zum entscheidenden Punkt: Man muss humane Migration und Erwerbsmigration trennen. Wir müssen attraktiv werden für Ausländer, die hier arbeiten wollen, nicht für diejenigen, die Asyl suchen wollen. Mehr als die Hälfte der Syrer, die gekommen sind, beziehen Bürgergeld. Ebenso die Hälfte derer, die aus Afghanistan gekommen sind. Es funktioniert volkswirtschaftlich nicht, wenn von drei Erwachsenen einer arbeitet, und dann noch in einem Helferberuf.

In unseren Nachbarländern ist die Quote der arbeitenden Migranten deutlich höher als bei uns.

Frei: Ausschlaggebend ist die deutsche Bürokratie. Wir sind viel zu langsam, wenn es um die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse geht. Ich habe in den letzten Tagen hier in der Re-



Thorsten Frei im Gespräch mit NQ-Redakteur Hans-Jürgen Eisenmann: Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Union bezeichnet das erhöhte Bürgergeld als eine „Stilllegungsprämie“.

gion eine Spedition besucht, die dringend Fahrer braucht. Sie könnte Ukrainer einstellen. Doch es scheitert daran, dass die entsprechenden Unterlagen nicht beigebracht werden können oder nicht akzeptiert werden. Ein zweiter Punkt kommt hinzu: Ukrainer kriegen vom ersten Tag an Bürgergeld, andere Asylbewerber – auch abgelehnte – spätestens nach 18 Monaten. Das wirkt für viele dieser Menschen wie eine Stilllegungsprämie. Es aktiviert nicht, sondern hält Menschen davon ab zu arbeiten.

Ist das so?

Frei: Der Tübinger Landrat hat eine Beispielrechnung aufgemacht und das Nettoeinkommen einer vierköpfigen Familie errechnet, die in seinem Kreis von der öffentlichen Hand lebt. Er kam auf ein Monatsnetto von 3200 bis 3500 Euro. Wenn man das in Relation zu einem Bruttogehalt setzt, wird man eine Menge Leute mit einem ganz normalen Beruf finden, die weniger haben.

Ja, das muss man erst mal haben ...

Frei: Und deswegen muss man ehrlicherweise sagen: Wenn sich manche Leute, die arbeiten, anschauen würden, was sie bekommen würden, wenn sie nicht arbeiteten, dann kämen sie wohl ins Grübeln. Wenn jemand 40 Stunden pro Woche arbeitet und dann 2000 Euro mehr hat als einer, der überhaupt nicht arbeitet, dann hat das mit Gerechtigkeit beziehungsweise einem Lohnabstandsgebot rein gar nichts mehr zu tun.

Das Bürgergeld wurde ja wegen der Teuerung angehoben ...

Frei: Es wurde zum 1.1. dieses Jahres um zwölf Prozent angehoben und soll zum nächsten 1.1. um weitere zwölf Prozent steigen. Niemand bei uns im Land – kein Rentner, kein Arbeitnehmer – hat innerhalb von zwölf Monaten eine Erhöhung seiner Bezüge um 24 Prozent erhalten. Die Inflation war hoch. Das stimmt. Aber im betreffenden Zeitraum hat sie sich nicht auf 24 Prozent belaufen. Tatsächlich sind in diesem Zeitpunkt die Reallöhne um vier Prozent gesunken.

„Das Bürgergeld aktiviert nicht, sondern hält Menschen ab zu arbeiten.“

Das bedeutet, dass die Lücke zwischen Geringverdienern und Bürgergeldempfängern immer kleiner wird.

Frei: Ja, und es muss einfach einen Unterschied machen, ob jemand arbeitet oder nicht. Ich bin ein Anhänger des sozialen Rechtsstaates – man sollte jenen helfen, die die Hilfe der Gesellschaft brauchen. Wir aber gehen mit der Gießkanne über alles weg.

Wie würden Sie dann vorgehen?

Frei: Ich würde beim Bürgergeld strikt sanktionieren: Wenn je-

mand arbeitsfähig ist und nicht arbeitet, muss ihm das Geld gekürzt werden. Wenn er nach einem halben Jahr nicht arbeitet, obwohl er könnte, dann muss man ihn zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten.

Nun sieht es augenblicklich danach aus, als ob die Union die Weichen spätestens nach der nächsten Bundestagswahl 2025 anders stellen kann. In den Umfragen liegen Sie weit vorne. Auch die AfD punktet hier kontinuierlich; auch sie will den Sozialstaat zurückfahren. Wobei ihre einfachen Botschaften beim Bürger ankommen, wie man meinen möchte.

Frei: Es gibt gewaltige Unterschiede zwischen uns und der AfD in jedem einzelnen Thema. In der Migrationspolitik etwa: Wir wollen ein anderes Asylrecht, während es die AfD im Grunde genommen abschaffen will. Unsere Umfragewerte sind, relativ betrachtet, gut im Verhältnis zu den anderen. Wir sind stärker als Rot und Grün zusammen, und in manchen Umfragen gar so stark wie die gesamte Ampelkoalition. Mit dem Bündnis Sarah Wagenknecht haben wir im neuen Jahr allerdings eine neue Partei ...

Das dürfte aber eine eher kleine Wundertüte werden!

Frei: Ja, es wird auf jeden Fall eine Wundertüte. Aber wir wissen nicht, ob sie in eine Lücke stoßen kann, die von den anderen bisher nicht abgedeckt wird. Auch deswegen sind wir mit unseren Umfragewerten nicht zufrieden. Stabil 30 Prozent sind noch nicht gut genug. Am Ende des Tages wird es darauf ankommen, nach einer Wahl eine Koalition bilden zu können, die unsere politischen Vorstellungen auch umsetzen kann.

Die Frage, mit wem Sie da koalieren könnten, ist interessant. Unsere Parteienlandschaft segmentiert sich zusehends.

Frei: Es werden auch wieder Parteien verschwinden. Ich glaube nicht, dass die Linke überleben wird.

Vielleicht auch nicht die FDP?

Frei: Ich habe sie von 2013 bis 2018 im Bundestag vermisst. Sie hat da gefehlt.

Auch weil Sie Ihr wichtigster potenzieller Koalitionspartner sein dürfte.

Frei: In Anbetracht der politischen Schnittmenge könnten wir die Herausforderungen mit der FDP zusammen am besten lösen. Aber eine politische Mehrheit gibt es derzeit für eine solche Koalition noch nicht. Ich bin aber zuversichtlich, dass die FDP wieder in den Bundestag einziehen wird. Ich glaube, dass wir eine starke bürgerliche Mitte haben werden nach der nächsten Bundestagswahl.

Gehört da die SPD auch dazu?

Frei: Nicht unbedingt. SPD und Grüne sorgen dafür, dass wir keine effektive Energiepolitik haben und sorgen dafür, dass wir jegliche Kontrolle über die Migrationspolitik verloren haben.

gen, die CDU habe geklagt und damit dafür gesorgt, dass jetzt bestimmte Förderprogramme nicht ausbezahlt werden. Das ist inakzeptabel! Das ist die erste Bundesregierung überhaupt, die einen verfassungswidrigen Haushalt aufgestellt hat, der vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt werden musste ...

Man hat 60 Milliarden Corona-Hilfsmittel nicht gebraucht und wollte diese in einen neuen Klima- und Transformationsfonds schieben.

Frei: Das hat die Bundestagsmehrheit beschlossen. Doch mit einer einfachen Mehrheit kann man eben nicht die Verfassung außer Kraft setzen. Dafür bräuchte man schon eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Man muss sehen, dass diese 60 Milliarden nie da waren. Es handelte sich um Kreditermächtigungen. Die Koalition will diese alten Ermächtigungen immer dann aus der Schublade holen, wenn sie sie braucht. Das geht aber nicht – das ist eine Umgehung der Schuldenbremse. Das ist ein glasklarer Verstoß gegen das Umwidmungsverbot und einige andere Prinzipien, die die Verfassung vorgibt. Man wollte unseren Kindern und Kindeskindern die Schulden präsentieren. Ich bin froh, dass das Bundesverfassungsgericht das verhindert hat.

Fachleute klagen immer wieder, dass die aktuelle Regierungspolitik, die Klimazielen untergeordnet wird, zu einer schlechenden Deindustrialisierung Deutschlands führe.

Frei: Wir waren in der Vergangenheit immer so stark, weil wir einen hohen Anteil an gewerblicher Wirtschaft hatten. Deshalb sind wir durch alle Krisen besser durchgekommen als die anderen.

Die Energie- und Mobilitätswende, von den Grünen ausgerufen, werde, so heißt es, vor allem für diese Region, in der Ihr Wahlkreis liegt, nicht ohne Auswirkungen bleiben. Denn hier sind Automobil und Maschinenbau besonders stark.

Frei: Wir fühlen uns den Zielen von Paris verpflichtet, auf dem Weg zur Klimaneutralität vorwärts zu kommen. Die Frage ist aber, wie man das macht. Ich halte es für einen kapitalen Fehler, den Verbrenner zu verbieten. Das ist die größte Dummheit, die diese Regierung machen kann. Sie schadet vor allen Dingen unserer Region, in der viele Zulieferfirmen sitzen. Es geht den Staat doch überhaupt nichts an, womit ein Motor betrieben wird. Es kommt nur drauf an, dass er klimaneutral betrieben wird. Wir sagen jetzt an diesem Ast, auf dem wir selber sitzen. Das ist doch wirklich nicht zu fassen!

Für Elektromobilität müsste der Strom aus regenerativen Energien kommen ...

Frei: Tut er derzeit aber nicht!

Was würde die Union machen?

Frei: Wir setzen auf Technologieoffenheit. Technologien sind schon immer durch andere abgelöst worden – weil die neue Technologie alter überlegen war. Als der Verbrenner entwickelt wurde, hat doch auch niemand die Pferdekutschen verboten. Wir

müssen auf Technologieoffenheit setzen in Deutschland und darauf, dass sich am Ende gute Lösungen durchsetzen.

Gibt es überhaupt ein Zurück vom Verbrenner-Aus, das auf europäischer Ebene beschlossen wurde?

Frei: Es gibt immer einen Weg zurück. Es kommt nun darauf an, im Bereich der regenerativen Energien vor allem in Speicherkapazitäten und den Leitungsausbau zu investieren. Wie viel durch Windkraft erzeugter Strom kann nicht genutzt werden, weil es daran fehlt? Wir brauchen auch Investitionen in die Wasserstoff-Technologie. Ich bin ebenso davon überzeugt, dass wir in einer solchen Zeit auch auf Kernenergie nicht verzichten dürfen.

„Ich halte es für einen kapitalen Fehler, den Verbrenner zu verbieten.“

Wenn man Sie so reden hört, kann man sich kaum vorstellen, dass die Union eines Tages im Bund vielleicht noch mal mit den Grünen zusammen regieren könnte wie in Baden-Württemberg.

Frei: Zwischen Union und Grünen hat in den letzten zwei Jahren auf Bundesebene ein erheblicher Entfremdungsprozess stattgefunden. Das kann man an den Kernthemen Energie-, Migrations- und Gesellschaftspolitik festmachen. Unsere Vorstellungen hier liegen meilenweit auseinander. Das zeigt auch, dass Landes- und Bundespolitik etwas ganz anderes sind.

Sie sehen Ihre persönliche Zukunft ja in Berlin, deshalb fragen wir Sie auch gar nicht heute, ob es Sie zurück ins Ländle zieht ...

Frei (lacht): Ja, das erste Mal seit langer Zeit nicht.

Stimmt! Ist die Landes-CDU, deren Vize Sie sind, mit Manuel Hagel gut aufgestellt?

Frei: Ja. Ich bin überzeugt davon, dass bei der Landtagswahl ein starker politischer Rückenwind von der Bundestagswahl hierher wehen wird, die ein halbes Jahr zuvor über die Bühne gehen wird. Außerdem sind wir geschlossen. Wir streiten nicht.

Thorsten Frei

war, bevor er 2013 als Wahlkreisabgeordneter für die CDU in den Bundestag einzog. Donauessinger Oberbürgermeister. In der Bundespolitik hat sich der 50-Jährige seitdem weit nach oben gearbeitet. Nach einer Legislaturperiode als Fraktions-Vize ist Frei nun hinter den Fraktionschefs Merz und Dobrindt als Parlamentarischer Geschäftsführer der wichtigste Mann der Union im Bundestag und besitzt beträchtlichen Einfluss. In zahlreichen Interviews und TV-Shows formuliert der Mann aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis immer wieder die Positionen der Union und ist damit das prominenteste Sprachrohr der Berliner Opposition. Im Falle einer Regierungsbeteiligung der Union gilt Frei unbedingt als ministrabel. *rat*

„Scholz und Habeck kehren in dieser Situation Täter und Opfer um.“

Der Spruch der Karlsruher Richter hat Ihnen in die Karten gespielt. Für Deutschland ist die Lage freilich nicht so toll ...

Frei: Es gibt Umfragen, die besagen, dass uns dieses hohe Maß an Unsicherheit derzeit im nächsten Jahr etwa ein Prozent Wirtschaftswachstum kosten könnte. Das bedeutet, es kostet jeden von uns Wohlstand. Scholz und Habeck kehren in dieser Situation Täter und Opfer um, indem sie sa-



Thorsten Frei, NECKARQUELLE-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein (rechts): Diese wirtschaftsstarke Region ist durch die Energiepolitik der Bundesregierung besonders bedroht.